



SCHWEIZERISCHE DELEGATION
BERLIN

1 BERLIN 21, den 28. Februar 1966

Fürst-Bismarck-Straße 4
Telefon 39 53 21
Sprechstunden: 9.00-12.30 Uhr
außer Mittwoch und Sonnabend

Ref.: WB.382.0.- A/wg

Vertraulich

An den Chef der Abteilung für Politische
Angelegenheiten des Eidgenössischen
Politischen Departements

POLITISCHER BRIEF

B e r n

an						a/a
Datum						4.3
Visa						4/4
EPD		4. März 1966				
Ref. p.A. 21.31. Berlin.						

Die Deutsche Demokratische
Republik um die Jahreswende
1965/66

Herr Botschafter,

Wer die Presse der Sowjetzone, ihre Rundfunk- und Fernsehsendungen verfolgt hat, konnte den Eindruck gewinnen, das Jahr 1965 sei für den zweiten deutschen Staat ein sehr erfolgreiches gewesen. In der Tat, an spektakulären Anlässen fehlte es ebensowenig wie am Geschick des publizistischen Apparates zu deren Hervorstellung und Betonung. Auf jedem Gebiet sozusagen scheint die Staatsführung erfolgreich gewesen zu sein, auf demjenigen der Aussenpolitik wie der Wirtschaft, des Militärwesens wie der Kultur und der Bildung. Dafür sprechen der Besuch Ulbrichts in der Vereinigten Arabischen Republik, derjenige Titos in der DDR, das Auftreten einer Delegation bei der Abrüstungskonferenz in Genf, die Massnahmen vom April gegenüber Berlin und der Bundesrepublik anlässlich der Bundestagssitzung, die Herbstmanöver, die verschiedenen Wirtschaftsabkommen mit Drittstaaten, der Sportverkehr mit dem Ausland, die kulturellen Austausche und anderes mehr.

1. In wirtschaftlicher Hinsicht, das lässt sich nicht verkennen, hat sich einiges, wenn nicht sogar vieles, zum Vorteil verändert. Der Wiederaufbau der Städte, ins-

./.

46



besondere aber nicht ausschliesslich von Ostberlin, hat offensichtlich Fortschritte gemacht. Die Ernte war gut. Das Sozialprodukt ist gestiegen. Das Regime konnte sich erlauben, Arbeitszeitverkürzungen in der Industrie in Aussicht zu stellen. Das Angebot an Konsumgütern ist grösser geworden. Der Alltag scheint zum mindesten weniger grau geworden zu sein. Es gelang der Zone, ihren Handel auszuweiten, u.a. auch mit den "kapitalistischen" Staaten. Das Gewicht der DDR als Wirtschaftsfaktor ist fraglos gestiegen, nicht nur im Ostblock.

Ob all diese Fortschritte den Erwartungen der Führung entsprechen, ist schwer zu sagen. Es fragt sich, was für Ziele sie sich gesteckt hat. Nahm sie sich das Niveau der übrigen Ostblockländer zur Richtschnur, so kann sie vermutlich mit Recht darauf hinweisen, dass sie grössere Fortschritte machte als die anderen Staaten. Gegenüber dem Westen und hier vor allem auch gegenüber der Bundesrepublik aber ist die Spanne nicht kleiner geworden, so beachtlich an und für sich der Aufschwung auch ist, der zudem unter ganz anderen Voraussetzungen vor sich zu gehen hatte. Dass er hinter den Wünschen und Hoffnungen der Bevölkerung zurückblieb und wohl noch lange zurückbleiben muss, kann im Ernst nicht bezweifelt werden.

Am meisten zu befriedigen scheint die Produktion von Gütern der Schwer- und der chemischen Industrie. Man gewinnt den Eindruck, dass hier auch die Planung relativ gut funktioniert. Problematischer dürfte dies bei den Halbfabrikaten und insbesondere auch bei der Verteilung sein. Es mutet jedenfalls etwas eigenartig an, wenn in jedem Inseratenteil, zum Beispiel des "NEUEN DEUTSCHLAND",



volkseigene Betriebe Bleche, Bänder, Rollen, hochwertiges Papier, Verpackungsmaterial usw. zu erwerben suchen, manchmal mit dem ausdrücklichen Hinweis "für dringenden Sowjetunion-Exportauftrag", und wenn andere sogenannte Ueberbestände an den Mann zu bringen versuchen. Wenn gar, um ein allerdings krasses Beispiel zu erwähnen, eine Postverwaltung in Ostberlin auf diesem Wege eine Registrierkasse sucht, macht man sich seine eigenen Gedanken über die Perfektion der Planung. Noch schwieriger steht es mit Ersatzteilen.

Mangel besteht nach wie vor an Personal. Auch hier ist der Inseratenteil der Presse nicht ohne Interesse. Immer wieder stösst man dort auf Stellenangebote, oft mit dem anscheinend als notwendig empfundenen Hinweis, dass mit der Stelle gleich auch eine Wohnung vorhanden sei.

Ein Problem für sich bildet die Landwirtschaft. 1965 kam sie wiederum nicht ohne die "freiwillige" Mitarbeit von Studenten und Mittelschülern aus. Sogar Militär musste eingesetzt werden. Die Landflucht bereitet der Zonenführung erhebliche Schwierigkeiten. Sie versucht sich u.a. damit zu helfen, dass sie auf dem Lande der freien Berufswahl der Jugend gewisse Schranken setzt und sie am Erlernen anderer Berufe als der landwirtschaftlichen zu hindern trachtet. Junge Männer melden sich nicht selten zum Polizeidienst in der Hoffnung, auf diesem Umweg später zu einer Tätigkeit in der Stadt zu gelangen. In letzter Zeit sind wiederum Bestrebungen zu registrieren, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom Typ I in diejenigen des Typs III, d.h. zu Volks-Kolchosen, umzuwandeln. Ein Zwang wird, wie man vernimmt, nicht



ausgeübt. Der Staat hat feinere Mittel zur Hand, wie die Zuteilung von Arbeitskräften, die Gewährung von Krediten, die Disposition über die Traktorenstationen usw., und sitzt daher ohne Zweifel am längeren Hebelarm. Andererseits kann nicht in Abrede gestellt werden, dass, wie im industriellen Sektor, auch in der Landwirtschaft die Fachleute in der Führung mehr zum Wort kommen als nur verdiente Parteileute und Dogmatiker.

Auf dem Verkehrssektor fällt das langsame Fortschreiten der Elektrifizierung der Bahnen auf. Immer grösser wird dagegen der Einsatz von dieselelektrischen Lokomotiven. Nur in einem relativ bedächtigen Tempo geht die Erneuerung des Wagenmaterials und diejenige der Schienen sowie der Stationsanlagen vor sich. Dem Flugverkehr steht das Hindernis entgegen, dass es der Zone nicht gelang, vermehrte Luftfahrtsabkommen zu schliessen und dass ihr das Ueberfliegen der Bundesrepublik nicht gestattet ist. Die grössten Fortschritte sind auf dem Gebiet der Hochseeschifffahrt zu verzeichnen. Das Strassennetz liegt zum Teil noch im argen.

Die gesteigerte industrielle Produktion wirkte sich in der Ausweitung des Aussenhandels aus, auch wenn man anzunehmen geneigt ist, dass der Export auf Kosten der Versorgung des Inlandmarktes geht. Nach dem Abschluss des vieldiskutierten neuen Handelsabkommens mit der Sowjetunion, dem mehrere mit den anderen Ostblockstaaten folgten, fragt man sich indessen, ob die damit unvermeidlicherweise verbundene noch stärkere Verkettung der Wirtschaft der DDR mit dem Ostblock ihr noch erlaubt, den devisabringenden Westhandel zu vergrössern. Es bedurfte dazu nicht des



Selbstmordes des Planungschefs Apel, über dessen nähere Hintergründe und Motive übrigens immer noch Dunkel herrscht.

2. In kultureller Hinsicht ist ein Auf und Ab zu konstatieren. Als Positivum wird von der Führung die gesteigerte Produktion von Büchern betont, wozu allerdings zu sagen ist, dass die darüber veröffentlichten Zahlen mit Vorsicht aufzunehmen sind. Gesteigert worden ist vor allem der Export von Büchern. Der kulturelle Austausch auch mit dem Westen ist grösser geworden, was sich unter anderem in Auslandsreisen von Orchestern, Solisten und Dirigenten, Gastspielen von Bühnensembles in der Bundesrepublik zeigt.

Im Innern folgte einer gewissen Liberalisierung auf dem Gebiet der Literatur wie auch der bildenden Kunst und in der Filmproduktion der Rückschlag auf dem XI. Plenum der SED mit der massiven Verdammung des Skeptizismus und den Selbstkritiken. Die Entwicklung ist nicht abgeschlossen. Was sich heute zeigt, ist fraglos eine Stagnierung im geistigen und kulturellen Schaffen. Man "arrangiert" sich auch hier, aber man schweigt und wartet ab. Man hört aber nicht auf zu denken, auch wenn man sich hütet, sich zu exponieren.

Und hier, wo es sich um Denken und Nachdenken der Bevölkerung, vor allem der jüngeren Generation, handelt, befindet sich das Regime am kürzeren Hebelarm. Man ist geneigt, in Analogie eines Ausspruches eines Zeitgenossen Bismarcks, dem Liberalen Eduard Lasker, von einem Listen mit der Idee zu sprechen, in dem sich das Regime schliesslich verrechnen werde. Es gibt gewaltige Summen aus für die Hebung des kulturellen Niveaus und die Heranbildung



hoch qualifizierten Nachwuchses, den es in allen Berufen dringend benötigt, nicht allein auf dem Gebiete der Technik, der Chemie, der Biologie und der Medizin. Aber es wäre für das Regime eine gefährliche Illusion anzunehmen, es gelinge ihm, auf lange Sicht gesehen, Wissenschaftler und überhaupt eine geistige Elite zu schaffen, die sich das Denken und das Nachdenken auch über andere als zu ihrem jeweiligen Tätigkeitsgebiet gehörende Fragen strikte abewöhnen und die sich nicht einfallen lassen könnte, die oben getroffenen Anordnungen "mit dem Masstabe ihres beschränkten Untertanenverstandes zu messen."

Die Führung ist sich dieser Gefahr wohl auch durchaus bewusst und versucht, ihr zu steuern. Deshalb immer und immer wieder die Appelle an die Parteifunktionäre und an die Pädagogen, auf die Jugend einzuwirken und in den Anstrengungen nicht zu erlahmen, sie mit dem marxistischen Gedankengut zu durchdringen. In diese Richtung zielen auch das Jugendgesetz und das Familienrecht. Aber die Klagen über die Indifferenz und Passivität der Jugend verstummen nicht, der gleichen Jugend, der man andererseits mit mancherlei materiellen Vergünstigungen entgegenkommt. Dank der Mauer und dem Schiessbefehl kann es das Regime zwar verhindern, dass ihm die Arbeitskräfte in einem ins Gewicht fallenden Masse davonlaufen und dass, wie die Terminologie in seinem Machtbereich lautet, "der Klassenkampf über Westberlin in die DDR hineingetragen wird." Aber die Infiltration durch westliche Sender lässt sich anscheinend nicht verhindern, und zu einem Verbot des Abhörens ist es nicht gekommen und ist es vielleicht selbst für ein solches Regime zu spät.



Wohin die Jugend tendiert, vermag man nicht mit Sicherheit sagen. Es wird richtig sein, dass sie kein Aufgehen der DDR in der Bundesrepublik will, von der sie sich häufig als Deutsche zweiter Kategorie betrachtet fühlt. Es mag sein, dass ihr eine Ordnung für ein gesamtes Deutschland vorschwebt, wie sie in den skandinavischen Ländern herrscht. Vielleicht stimmt es auch, dass sie, wie Willy Brandt es darlegte, an einen präleninistischen Marxismus denkt und an die Ideen von Rosa Luxemburg anknüpft. Wie dem auch sei, alle Kenner der Verhältnisse stimmen darüber überein, dass die Jugend zwar sehr stolz auf ihre eigenen Leistungen ist, dass sie sich ihrer Bedeutung für das Regime sehr wohl bewusst ist, dass sie aber diesem sehr kühl und skeptisch gegenübersteht und dass bei ihr von einem DDR-Nationalbewusstsein nur in bescheidenem Masse die Rede sein kann. Wie weit sich dies allerdings auswirken kann, darüber gehen die Meinungen auseinander. Man darf nicht übersehen, dass man es mit einer Bevölkerung zu tun hat, die seit Generationen an ein Geführtwerden und an ein Gehorchen gewöhnt ist. Ferner, dass schon die heute Vierzigjährigen, von der heranwachsenden Jugend garnicht zu sprechen, in ihrer überwiegenden Mehrheit überhaupt nur den Obrigkeitsstaat und die Diktatur bewusst erlebten, und dass sie zu alldem noch erfüllt sind vom Gefühl, die ihr vorangegangene Generation trage die Schuld an ihrem heutigen Los.

3. In politischer Hinsicht, und dies ist wohl vor allem ausschlaggebend, kann man schwerlich von einem erfolgreichen Jahr sprechen. Der Staatsbesuch in Aegypten brachte nicht den gewünschten Erfolg, auch wenn er das Prestige von Ulbricht und der DDR stärkte. Weder in den

./.



arabischen Ländern, wo der Einfluss Nassers zum mindesten nicht gestiegen ist, noch in der übrigen Welt. Nicht einmal dieser rang sich zu einer Anerkennung der DDR durch. Es sieht überhaupt nicht darnach aus, als ob sich in der Anerkennungsfrage etwas ändern würde oder könnte. Diesem Ziel ist die DDR nicht näher gekommen. Die Welt treibt Handel mit ihr, sie ist nicht abgeneigt, die wirtschaftlichen Beziehungen auszubauen, sie pflegt einen kulturellen und sportlichen Austausch mit ihr. Sie ist, wie Pankow zu betonen nie müde wird, eine Realität; die Politik muss mit ihr rechnen. Aber sie ist doch nicht viel mehr als ein negativer Störfaktor, ein Objekt, ein Faustpfand in der Hand Moskaus, durch dessen Hand sie geschützt wird.

Im kommunistischen Machtbereich sieht es so aus, als ob ihr in parteiideologischer Hinsicht die Hände mehr gebunden seien als vielleicht einige Monate zuvor. Das zeitweilige sehr vorsichtige Lavieren zwischen der Moskau- und der Peking-Linie scheint heute nicht mehr möglich. Ob aus innerer Notwendigkeit, ob aus Parteiüberzeugung, ob aus taktischen Gründen oder auf Druck, dies bleibe dahingestellt. Zu konstatieren ist jedenfalls ein Bekenntnis zur Moskau-Linie.

Auch in der Deutschlandfrage, der vielleicht allerwichtigsten, macht es den Anschein, als sei der Karren festgefahren. Die Zeit ist noch zu kurz, um beurteilen zu können, ob es dem vor wenigen Wochen geschaffenen Staatssekretär für gesamtdeutsche Fragen gelingt, mit dem Gesamtdeutschen Ministerium in Bonn in Kontakt zu treten und dabei etwas herauszuholen. Der Brief der SED an die SPD liegt noch weniger weit zurück, und die angesprochene Partei in der Bundesrepublik hat noch nicht Stellung dazu



bezogen. Es mag sein, dass Pankow auf beiden Fronten gewisse Stellen aufweichen kann, aber ob starke Breschen geöffnet werden können, ist doch sehr fraglich. Wohl konnte die DDR im vergangenen April einmal mehr demonstrieren, dass sie den Berlin-Verkehr beeinträchtigen kann, und bei den Passierscheinverhandlungen bewies sie erneut, dass sie in der Lage ist, ihren Willen durchzusetzen. Bei den Herbstmanövern, dem sogenannten "Oktobersturm", wurde zum mindesten nach aussen die Wichtigkeit der DDR im Warschauerpakt betont. Aber es zeigte sich, dass ihr in ihrer Deutschland- und insbesondere der Berlin-Politik von Moskau bestimmte Grenzen gesteckt sind. Irgendwie erinnert dies alles an die nicht sehr ehrenvolle, manchmal aber praktische Rolle des Hundes an der Krippe, der zwar das Heu nicht selber fressen, aber wenigstens verhindern kann, dass das Pferd es seinerseits frisst.

Abschliessend noch einige Ausführungen zum Verhältnis unseres Landes zur DDR. Neue Andeutungen, wir sollten dieses normalisieren, sind im vergangenen Jahre nicht mehr gemacht worden, auch indirekt nicht mehr. Ueber zwei nebenbei gefallene Fragen eines russischen Botschaftssekretärs, ob im Anschluss an das am 7. Dezember 1964 zwischen dem Vize-Aussenminister der DDR, Krolikowski, und meinem ersten Mitarbeiter auf der Finnischen Handelsvertretung geführten Gespräch "etwas gegangen sei", gingen die Sondierungen auch der Sowjets, wenn solche Fragen überhaupt als solche bezeichnet werden dürfen, nicht hinaus. Die am 24.d.M. mir gegenüber gemachten Aeusserungen von Herrn Krolikowski, über die ich Ihnen gesondert berichtet habe, waren vag. Sie dürften meines Erachtens



eher von einem gewissen allgemeinen Interesse der DDR, an die Neutralen heranzukommen, sprechen. Der Vollständigkeit halber sei bemerkt, dass weder bei Schweden noch bei Oesterreich irgendwelche Anzeichen dafür bestehen, ihr Verhältnis zu Pankow zu ändern.

Ganz abgesehen von der Frage der politischen Opportunität eines dahinzielenden Schrittes unsererseits kommt man, nüchtern betrachtet, zum Schluss, dass ein solcher weder nötig noch angezeigt ist. Offen bleibt allerdings unter anderem damit die Frage der Entschädigung für das durch Verstaatlichungen und andere Massnahmen getroffene schweizerische Eigentum. Das kann aber wohl, um einen hier häufig gebrauchten Ausdruck zu benützen, "verkräftet" werden. Bei einer Normalisierung irgendwelcher Art könnte der Weg für die Rechtshilfe in Zivilsachen möglicherweise freigebracht werden, dessen Fehlen sich manchmal störend auswirken kann. Regelungen auf dem Gebiete der freiwilligen AHV wären vielleicht nicht ausgeschlossen, wenn auch hier die Frage der Abtretung der AHV-Guthaben sich als dornenvoll erweisen könnte. Bleibt die konsularische Betreuung der Kolonie, die immerhin, ein gutes Drittel Doppelbürger inbegriffen, noch 3'500 Köpfe zählt. Diese Betreuung steht heute weitgehend nur auf dem Papier. Unsere Möglichkeiten zur Intervention sind äusserst gering. Die einzige Waffe, die Visumsperre, erwies sich wohl als sehr wirksam für die Erledigung von Einzelfällen, aber sie kann nur selten, in Ausnahmefällen, angewandt und dann wohl nie allzulange aufrecht erhalten werden.

Die wirtschaftlichen Belange würden in Anbetracht der bescheidenen Verflechtungen und der fragwürdigen Ausbaumöglichkeiten eine andere Art der Beziehungen nicht rechtfertigen.



Die Kolonie selber vegetiert, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur noch dahin. Ihr Los ist dasjenige der überwiegenden Mehrzahl der Einwohner der DDR. Ersuchen um konsularischen Beistand sind relativ selten, wobei dahingestellt bleiben mag, ob er nicht benötigt wird oder ob er nicht angebeht wird, weil man ihn sowieso für aussichtslos hält. Die meisten solcher Gesuche oder besser Anfragen betreffen die Rückwanderung. Aber die grosse Mehrzahl unserer Landsleute denkt nicht an eine solche. Sie sind zu sehr verwachsen und versippt mit dem einheimischen Element und der Schweiz doch weitgehend entfremdet. Dieser Entfremdungsprozess ist nicht rückläufig. Dazu kommt, dass die Zahl der Doppelbürger ständig zu- und diejenige der Nurchweizer abnimmt. Die deutschen Frauen - und dies sind die grosse Mehrzahl der von Schweizern geheirateten - bleiben Deutsche; die Kinder folgen kraft Gesetz inbezug auf die Staatsangehörigkeit der Mutter, auch wenn sie auf Grund unseres Bürgerrechtsgesetzes als Kinder eines Schweizers ebenfalls Schweizerbürger werden. Es lässt sich unschwer voraussehen, dass in absehbarer Zeit unsere Kolonie in der DDR fast ausschliesslich aus Doppelbürgern bestehen wird. Dann aber wären den Betreuungsmöglichkeiten einer für die DDR zuständigen Vertretung, welcher Art immer sie auch sei, a priori sehr enge Grenzen gesetzt.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER CHEF DER SCHWEIZERISCHEN DELEGATION

Kopie an:

- Herrn Botschafter Dr. Max Troendle, Köln.